

Empörung über Vertreibungspläne von rechts

Rechte Politiker und Rechtsextreme haben bei einem geheimen Treffen besprochen, wie man Menschen mit Migrationsgeschichte aus Deutschland vertreiben könnte. Viele gehen nun gegen die Ideen von rechts auf die Straße.

Es sind **Enthüllungen**, die viele Menschen in Deutschland **fassungslos** machen: Ein Rechercheteam der Organisation „Correctiv“ fand heraus, dass im November 2023 bei Potsdam ein Treffen zwischen **hochrangigen** Politikern der rechten Partei **AfD**, Rechtsextremen und einigen ihrer **Sympathisanten** stattgefunden hat. Thema des Treffens war unter anderem ein „Masterplan zur Remigration“. Laut diesem Plan sollen Menschen mit Migrationsgeschichte **massenhaft** aus Deutschland **abgeschoben** oder vertrieben werden. Und zwar auch dann, wenn sie einen deutschen Pass haben, **sich** aber nach Ansicht der rechten **Szene** nicht der Mehrheitsgesellschaft **anpassen**.

Ein solcher Plan stellt einen schweren Angriff auf das **Grundgesetz** und die Rechte von Millionen von Menschen dar. Der Begriff „Remigration“ stammt eigentlich aus den Sozialwissenschaften und bezeichnet einfach die Rückkehr von Migrantinnen und Migranten in ihr Heimatland. Die rechte Szene meint damit jedoch die Vertreibung von Menschen, die sie nicht in Deutschland haben möchte.

Die Pläne, die „Correctiv“ im Januar 2024 enthüllte, sorgten in Deutschland für großen Protest: Zehntausende demonstrierten in vielen Städten gegen Rechtsextremismus. Auch die Politik reagierte deutlich: „Die Pläne zur Vertreibung von Millionen Menschen erinnern an das **dunkelste Kapitel** deutscher Geschichte“, sagte zum Beispiel der liberale Bundestagsabgeordnete Christian Dürr.

Dass hochrangige AfD-Mitglieder an dem Treffen teilgenommen haben, wird sehr ernst genommen. Denn die AfD erreicht anderthalb Jahre vor der nächsten geplanten Bundestagswahl in den meisten Wahlumfragen über 20 Prozent der Stimmen. In einigen Bundesländern könnte sie bei **Landtagswahlen** sogar stärkste Partei werden. Es wird nun wieder verstärkt darüber diskutiert, ob die AfD verboten werden sollte, weil sie als Gefahr für die Demokratie gilt. Die **Hürden** für ein Verbot sind jedoch sehr hoch – und rechtsextremes Denken verschwindet damit nicht.

Autoren: Peter Hille, Philipp Reichert

Glossar

Empörung (f., nur Singular) – die starke Wut; der große Ärger über etwas

Rechtsextreme, -n (m./f.) – jemand, der ausländerfeindlich und rassistisch denkt
(Adjektiv: rechtsextrem; Substantiv: der Rechtsextremismus)

Migrationsgeschichte, -n (f.) – die Tatsache, dass man in einem Land lebt, aber selbst (oder die Familie) ursprünglich aus einem anderen Land kommt

jemanden vertreiben – jemanden zwingen, einen Ort zu verlassen

Enthüllung, -en (f.) – die Tatsache, dass etwas Geheimes bekannt oder öffentlich wird

fassungslos – so, dass man etwas so schlimm findet, dass man es kaum glauben kann

hochrangig – so, dass jemand eine hohe Position z. B. in einer Partei innehat

AfD (f., nur Singular) – Abkürzung für: Alternative für Deutschland; eine rechte, nationalistische Partei

Sympathisant, -en/Sympathisantin, -nen – hier: eine Person, die eine politische Gruppe oder Partei gut findet, ohne jedoch dort selbst Mitglied zu sein

massenhaft – in großer Anzahl

jemanden ab|schieben – hier: jemanden von einem Staat in ein anderes Land/seine Heimat zurückschicken

sich jemandem an|passen – sein Verhalten dem anderer Menschen angleichen

Szene, -n (f.) – hier: die Menschen, die eine bestimmte politische Haltung haben

Grundgesetz (n., nur Singular) – die deutsche Verfassung

dunkles Kapitel, dunkle Kapitel (n.) – hier: ein schlimmer Teil der Geschichte

Landtagswahl, -en (f.) – die Parlamentswahl in einem deutschen Bundesland

Hürde, -n (f.) – ein Hindernis; hier auch: eine Schwierigkeit